

■ Makroökonomie: Sparen nur mit Augenmaß	2
■ Verteilung: Zehn Jahre Verluste für die breite Masse	3
■ Armut: In deutschen Großstädten wächst die Armut besonders schnell	4
■ Weihnachtsgeld: Reichere Bescherung mit Tarifvertrag	6
■ Gesundheit: Jobverlust – Partner leidet mit	6
■ Arbeitslosigkeit: Europas Jugend – Fähigkeiten liegen brach	7
■ TrendTableau	8

EUROKRISE

Risiko Schuldenschnitt

Ein zweiter Schuldenschnitt in Griechenland könnte die Europäische Währungsunion ins Debakel führen, warnt das IMK. Schon der erste habe großen Schaden angerichtet.

Am 21. Juli 2011 kündigten die europäischen Regierungschefs einen „Haircut“ bei den griechischen Staatsschulden an. Die Folgen hat das IMK in einer aktuellen Untersuchung dokumentiert.* Auf den Finanzmärkten wurde der Schuldenschnitt sofort als Präzedenzfall interpretiert. In kürzester Zeit gerieten daher auch die Staatsanleihen von Spanien, Italien und weiterer Euroländer unter starken Druck. Zinsdifferenzen und Bankeinlagen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) schnellten ebenfalls nach oben. Beide Indikatoren signalisieren nach Analyse des IMK, wie das Misstrauen der Geschäftsbanken in Nordeuropa gegenüber denen im Süden eskalierte. Die Geldhäuser liehen einander kein Geld mehr, der Interbankenmarkt war weitgehend gelähmt. Allein die Ankündigung des griechischen Schuldenschnitts wurde so zu „einer Art Lehman-Moment für die Eurozone“, schreiben die Forscher.

Um die Krise zu entschärfen, pumpte die EZB unbegrenzte Liquidität in den Bankensektor. „Dieses beherzte Eingreifen hat gerade noch eine Katastrophe verhindert“, sagt Gustav Horn. Dass trotz dieser Erfahrungen Ideen für einen zweiten Schuldenschnitt kursieren, hält der Wissenschaftliche Direktor des IMK für unverantwortlich: „Die Ansteckungseffekte für andere Länder dürften sogar noch gravierender sein. Und

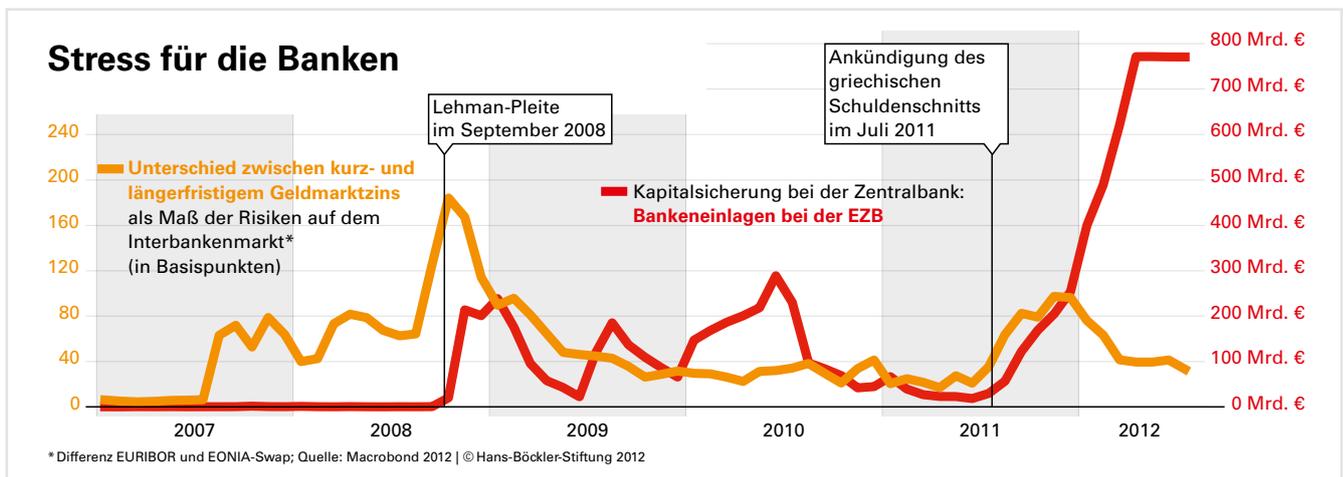
womöglich verliert Europa das letzte wirksame Mittel gegen die Krise: Eben die EZB.“

Diese Gefahr erklärt Horn mit der veränderten Gläubigerstruktur Griechenlands: Im Zuge der Rettungsanstrengungen ist ein immer größerer Teil der griechischen Obligationen bei öffentlichen Instanzen gelandet: den EU-Staaten und vor allem der EZB. Während die Zentralbank vom ersten Schuldenerlass noch ausgenommen werden konnte, würde der zweite also gerade auf sie zielen. Die EZB dürfte sich aber wohl nicht beteiligen. Denn ein „Haircut“ gilt als Form der direkten Staatsfinanzierung – verboten für die Zentralbank.

Ein weiterer Zukauf griechischer Staatsanleihen wäre für die EZB künftig tabu, weil die ja nun auch für sie offenkundig keine Sicherheit mehr böten. „Und sollten, wie im vergangenen Sommer, auch die Anleihen anderer Länder in den Sog des Schuldenschnitts geraten, dann dürfte die EZB sie wohl auch nicht mehr aufkaufen“, schätzt der IMK-Direktor. Damit wäre aber das Stützungsprogramm der Zentralbank am Ende, „das dem Euroraum derzeit einen letzten Halt gibt“.

Als Alternative empfiehlt das IMK unter anderem eine zeitliche Streckung der Sparauflagen in den Krisenländern. Eine Abkehr vom Austeritätskurs gebe auch den Griechen wieder eine Chance, durch Wirtschaftswachstum aus der Überschuldung zu kommen. Das werde lange dauern, sei aber weitaus weniger riskant als ein Schuldenschnitt. ◀

* Quelle: Gustav Horn u. a.: Quo vadis Krise? Zwischenbilanz und Konzept für einen stabilen Euroraum, IMK Report Nr. 75, Oktober 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de



Sparen nur mit Augenmaß

Viel hilft viel. Dieser Gedanke steht hinter manchem Sparvorschlag für Länder mit hohem Budgetdefizit. Eine Studie des Internationalen Währungsfonds kommt jedoch zu einer anderen Empfehlung.

Die öffentlichen Defizite in den USA, Japan und vielen Ländern Europas haben historische Höchststände erreicht. „Die schwere Rezession, erhebliche Interventionen auf den Finanzmärkten und Konjunkturprogramme haben die öffentliche Verschuldung auf Niveaus gehoben, wie man sie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr erlebt hat“, schreiben Nicoletta Batini, Giovanni Callegari und Giovanni Melina.* Die Ökonomen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) beziehungsweise der Europäischen Zentralbank haben in ihrer Untersuchung unterschiedliche Strategien zum Schuldenabbau verglichen. Dabei zeigt sich: Drastische Kürzungen im Staatshaushalt zahlen sich nicht aus.

Ob die Verschuldung kritische Ausmaße annimmt – Kreditgeber also immer höhere Risikoprämien fordern –, hängt nicht nur vom absoluten Schuldenstand ab. Wichtiger ist die Relation zwischen den geliehenen Summen und der Wirtschaftskraft. Selbst wenn die Schulden sinken würden, könnte sich das Verhältnis zwischen ausstehenden Krediten und Bruttoinlandsprodukt (BIP) verschlechtern, wenn Sparprogramme gleichzeitig die Wirtschaftsleistung schmälern.

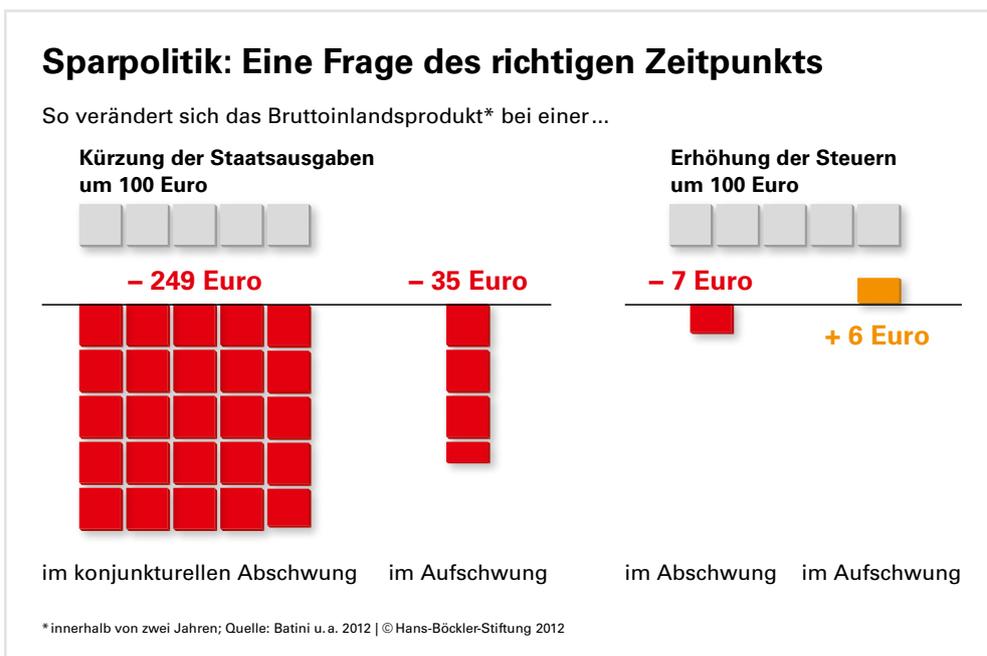
► Haushaltssanierung nur im Aufschwung

Daher lautet die Frage der Wissenschaftler: **Wie können Staaten sparen, ohne die Konsolidierungserfolge durch Wachstumsverluste gleich wieder zunichtezumachen?** Zunächst haben die Forscher ermittelt, wie sich Veränderungen der Staatsausgaben oder der Steuern in der Vergangenheit auf das BIP ausgewirkt haben – in verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen Konjunkturphasen. Der Untersuchung liegen empirische Daten aus den USA, Japan, Italien, Frankreich und der EU als Ganzes zugrunde.

Auf dieser Basis haben die Wissenschaftler im nächsten Schritt ein statistisches Modell entwickelt, mit dem sich unterschiedliche Spar-Szenarien durchspielen lassen. Die Simulationen führten zu klaren Ergebnissen und Politikempfehlungen:

- Abrupte Einschnitte in die öffentlichen Ausgaben bremsen das Wachstum stärker als zeitlich gestreckte Sparprogramme. Entsprechend länger dauert es nach harten Kürzungen, bis sich die Schulden-BIP-Relation verbessert.

- Sparen in Aufschwungsphasen kostet weniger Wirtschaftsleistung als Kürzungen bei ohnehin sinkendem BIP.
- Wenn der Staatshaushalt dennoch in Abschwungsphasen konsolidiert werden muss, sollte dies hauptsächlich durch Steuererhöhungen statt Ausgabenkürzungen geschehen.



- Die Geldpolitik sollte die Folgen einer restriktiven Finanzpolitik abfedern.
- Klare und glaubwürdige Vorgaben für die Haushaltssanierung könnten zukünftige Konsolidierungsprogramme erleichtern.

Die Autoren warnen nicht nur wegen der unmittelbaren Wachstumseinbußen vor überhasteten Ausgabenkürzungen, sondern auch wegen möglicher Reaktionen der Finanzmärkte: Sollte sich infolge von Sparprogrammen das Verhältnis von BIP und Verschuldung nachteilig entwickeln, könnten sich die Finanzierungsbedingungen plötzlich verschlechtern. Dann müsste der Finanzminister höhere Risikoprämien zahlen, obwohl die Schuldensumme absolut gesunken ist. Die Konsolidierung würde am Ende teurer, als sie es mit einem moderaten Sparprogramm geworden wäre. Genau das ist auch in der Eurokrise in Griechenland, Spanien und Portugal geschehen, sagt IMK-Forscher Fabian Lindner.

Batini, Callegari und Melina ziehen das Fazit: „Eine graduelle Anpassung der Finanzpolitik mit einer ausgewogenen Mischung aus Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen erhöht die Chancen, dass sich Konsolidierungspolitik tatsächlich und zügig in sinkenden BIP-Schuldenquoten niederschlägt.“ ◀

* Quelle: Nicoletta Batini, Giovanni Callegari, Giovanni Melina: Successful Austerity in the United States, Europe and Japan. IMF Working Paper, Juli 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Zehn Jahre Verluste für die breite Masse

Die preisbereinigten Nettoeinkommen sind im vergangenen Jahrzehnt um fast 50 Prozent gestiegen – für das oberste Hundertstel der Haushalte in Deutschland.

Die untere Hälfte hat real verloren.

Die Vorzeichen der ersten fünf Zehntel sind negativ. Erst das sechste Dezil der nach ihrem Einkommen gestaffelten Haushalte brachte es zwischen 2000 und 2009 auf ein kleines Plus. Um etwa ein Prozent nahm das durchschnittliche reale Nettoeinkommen dieser Gruppe zu. Selbst das neunte Zehntel konnte seine Kaufkraft mit einem Zuwachs von knapp drei Prozent kaum steigern. Nennenswerte Anstiege weist die Statistik nur am oberen Ende der Einkommensskala aus, wie Wirtschaftsprofessor Hagen Krämer und Christina Anselmann von der Hochschule Karlsruhe in einer aktuellen Untersuchung feststellen.*

Nach aus dem Jahr 2010 stammenden Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel, einer jährlich wiederholten, groß angelegten Befragung privater Haushalte in Deutschland, stieg das Nettodurchschnittseinkommen des höchsten Zehntels in der neunjährigen Zeitspanne um gut 13 Prozent. **Je weiter man sich der Spitze der Einkommenspyramide nähert, desto höher**

fallen die Zuwächse aus: Die oberen fünf Prozent nahmen 2009 fast 20 Prozent mehr ein als 2000. Beim reichsten Hundertstel beträgt die Steigerung des realen Nettoeinkommens 48 Prozent. Die Autoren sprechen von der „Schlagseite der Einkommensverteilung“. Würden die Einkommensunterschiede in einer Gesellschaft zu groß, könnten sich daraus Spannungen ergeben, „die letztlich eine Gesellschaft in ihrem Zusammenhalt bedrohen“, so die Wissenschaftler. Historische Erfahrungen belegten dies.

Zudem verweisen Anselmann und Krämer auf ökonomische Studien, die zu dem Schluss kamen, dass ausgeprägte Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. „Das Risiko, das von einer Fortsetzung des Trends eines wachsenden Anteils der Spitzeneinkommen ausgeht, sollte daher nicht unterschätzt werden“, schreiben sie.

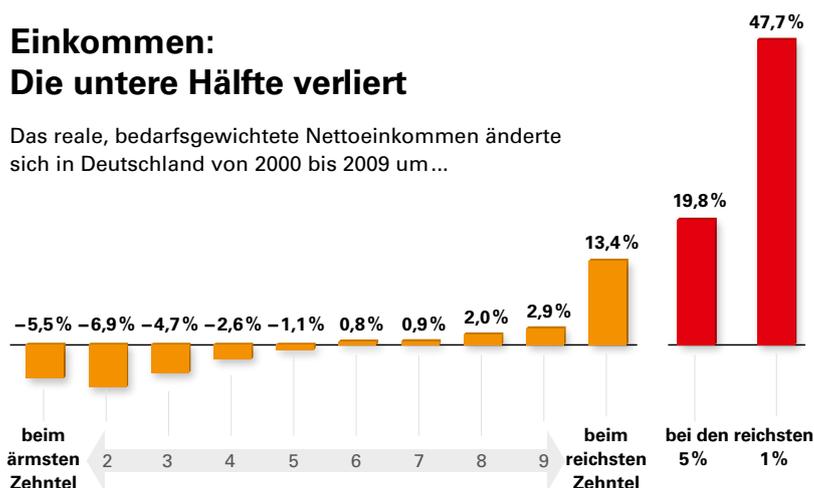
Der Überblick der beiden Ökonomen zeigt auch: Die Spanne zwischen hohen und niedrigen Einkommen wächst seit langem. Aber: **Um die Jahrtausendwende hat sich die Zunahme der Ungleichheit beschleunigt.** Während der Gini-Index – ein Maß, das angibt, wie stark die Einkommen streuen – zwischen 1983 und 1995 um einen Prozentpunkt zunahm, betrug der Anstieg von 1995 bis 2009 drei Prozentpunkte. Allerdings weist eine aktuelle Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung keinen weiteren Anstieg und teilweise sogar einen leichten Rückgang der Einkommensungleichheit in Deutschland ab 2005 aus. Der Anstieg der Einkommensdifferenzen vollzog sich damit überwiegend in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts.

Maßgeblich für die Vergrößerung der Ungleichheit war nicht ausschließlich der Rückgang der Einkommen in der

schlechter verdienenden Hälfte der Bevölkerung, konstata-
tieren Anselmann und Krämer. Sehr stark wirkte sich der Anstieg der Spitzeneinkommen aus. Selbst die jüngste Finanzkrise habe diesen Trend kaum brechen können. In den USA beispielsweise verdient die Gruppe mit den höchsten

Einkommen: Die untere Hälfte verliert

Das reale, bedarfsgewichtete Nettoeinkommen änderte sich in Deutschland von 2000 bis 2009 um...



Quelle: Anselmann, Krämer 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Einkommen inzwischen wieder so viel wie vor der Krise, wie neuere Untersuchungen zeigen.

Zwei Ursachen sind der Studie zufolge für die Entwicklungen in der Nettoeinkommensverteilung Deutschlands verantwortlich: Erstens hat die **Spreizung der Primäreinkommen** – der Einkommen vor staatlicher Umverteilung – stark zugenommen. Von allen Bruttoeinkommen flossen 2009 etwa 38 Prozent an das obere Zehntel der Haushalte; so hoch hatte der Anteil zuletzt Anfang der 1930er-Jahre gelegen. In der Phase der „Großen Kompression“ nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1980er-Jahre schwankte er lediglich zwischen 30 und 32 Prozent. Zweitens hätten verschiedene Reformen die **ausgleichende Wirkung des Steuer- und Abgabensystems reduziert**.

Die Wissenschaftler weisen auf eine Empfehlung der Industrieländer-Organisation OECD hin, die Steuersysteme zu nutzen, um die gewachsene „steuerliche Belastungsfähigkeit der Einkommensbezieher an der Spitze“ auszuschöpfen. Das heißt etwa, Besserverdienern die Möglichkeit zu nehmen, die steuerliche Bemessungsgrundlage durch verschiedenste Abzugsmöglichkeiten zu schmälern. Zudem erinnern Anselmann und Krämer daran, dass die Spitzensteuersätze in den entwickelten Ländern in den unmittelbaren, wirtschaftlich erfolgreichen Nachkriegsjahrzehnten noch „weit jenseits der 50-Prozent-Marke lagen.“ ◀

* Quelle: Christina Anselmann, Hagen Krämer: „Denn wer da hat, dem wird gegeben“ – Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, WISO direkt, September 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

In deutschen Großstädten wächst die Armut besonders schnell

Armut ist in den größten deutschen Städten deutlich weiter verbreitet als im Bundesdurchschnitt. In Ostdeutschland oder im Ruhrgebiet lebt teilweise mehr als ein Fünftel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Trotz der soliden wirtschaftlichen Entwicklung ist die Armutsquote in Deutschland wieder gestiegen. 2011 hatten nach den neuesten Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus 15,1 Prozent der Menschen weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Dieser Wert entspricht einem Monatseinkommen von 848 Euro bei einem Alleinstehenden und markiert nach gängiger wissenschaftlicher Definition die Armutsgrenze. Im Jahr 2010 lag die Armutsquote bei 14,5 Prozent.

zeitarbeitslosigkeit, als Aufstocker mit niedrigem Arbeitseinkommen oder aus anderen Gründen Leistungen nach SGB II erhalten. Doch gleichzeitig ist die Armutsquote hier besonders spürbar nach oben gegangen: Im Durchschnitt von 17,5 auf knapp 20 Prozent zwischen 2005 und 2011. Damit ist die Armut in den 15 größten Städten, die zusammen fast 14 Millionen Einwohner zählen, deutlich höher als im Rest der Republik. In sechs Städten lebt sogar zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.

Nur vier der Metropolen liegen am oder unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Die Daten zeigten, dass die Armut steigt und sich in den Großstädten konzentriert, schließt Sozialforscher Seils. „Die sinkenden SGB-II-Quoten deuten jedoch darauf hin, dass die zusätzliche Armut nicht so tief ist. Wer will, kann das als gute Nachricht in der schlechten verstehen. Aber zumindest einige unserer größten Städte befinden sich auf einem abschüssigen Pfad.“ Besonders irritiert den Wissenschaftler, dass die Armut stieg, obwohl die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. „Möglicherweise hat sich der Zusammenhang zwischen Beschäftigungslosigkeit und Armut in letz-

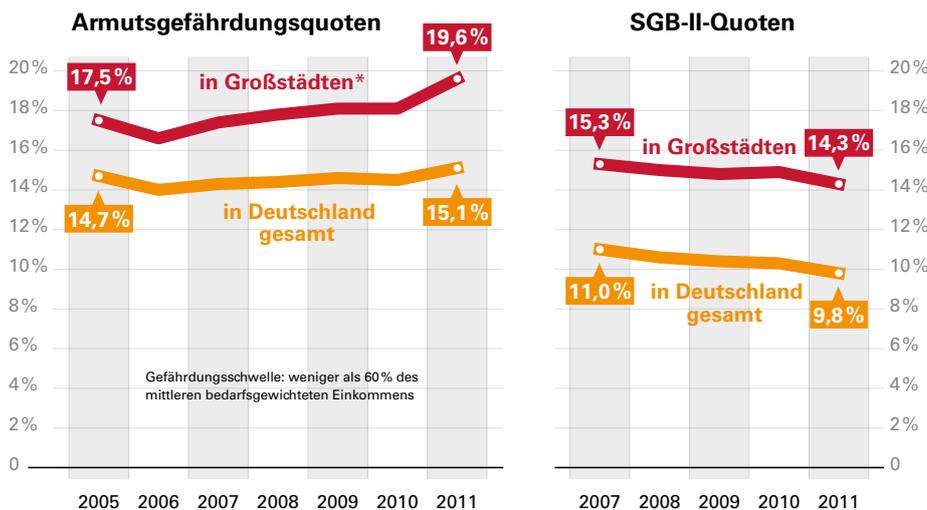
ter Zeit etwas gelockert“, sagt Seils. Das könnte mit einer höheren Einkommensungleichheit und dem gewachsenen Niedriglohnsektor zusammenhängen. Denkbar sei, dass bei einer wachsenden Gruppe von Beschäftigten das Einkommen gerade über der Hartz-IV-Grenze liegt.

Gleichwohl finden sich die höchsten Armutsquoten nach wie vor in Orten mit hoher Arbeitslosigkeit. Das macht ein zweiter Blick auf die Städtedaten deutlich: Besonders groß ist der Anteil armer Einwohner in den ostdeutschen Metropolen, im Ruhrgebiet und in den norddeutschen Städten Bremen und Hannover. Deutlich besser sieht es in den süddeutschen Großstädten aus, aber auch in Hamburg.

In ihre Einzelauswertungen haben die Forscher auch die Trends seit 2005 einbezogen: Die **ostdeutschen Metropolen Leipzig und Dresden** haben auch im Großstädte-Vergleich überdurchschnittliche Armutsquoten, die allerdings niedriger sind als noch vor einigen Jahren. Das gilt insbesondere für Leipzig. In der Messestadt waren im vergangenen Jahr

Armut konzentriert sich in Städten

Es entwickelten sich die...



Noch weitaus größer ist die Armutsgefährdung in Deutschlands Metropolen. Das ergibt eine aktuelle Untersuchung des WSI.* Eric Seils, Sozialexperte im WSI, und sein Koautor Daniel Meyer haben für die 15 größten deutschen Städte die Armutsdaten auf Basis des Mikrozensus ausgewertet und mit den Bezugsquote von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) abgeglichen. Auf diese Weise lassen sich einerseits auch Menschen in verdeckter Armut erfassen, die aus Scham oder Unwissenheit auf Sozialtransfers verzichten. Zum anderen lässt sich zumindest grob abschätzen, wie tief die Armut der Betroffenen ist. Zwar ist das Einkommen von Menschen, die Hartz IV oder andere Formen der Grundsicherung nach dem SGB II beziehen, statistisch nicht ganz klar abzugrenzen. Es dürfte aber bei Alleinstehenden zumeist unter 848 Euro liegen. Daher werten Seils und Meyer den Bezug von Sozialunterstützung als ein mögliches Indiz für „tiefere“ Armut.

Ergebnis der Untersuchung: Auch in den meisten Großstädten sinkt zwar der Anteil der Menschen, die wegen Lang-

25 Prozent der Bewohner arm – mehr als in jeder anderen deutschen Metropole. 2009 lag der Wert noch gut zwei Prozentpunkte höher. In **Berlin** leben rund 21 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze, und ihr Anteil ist seit 2006 gestiegen. Besonders problematisch ist die hohe Sozialgeld-Quote unter Kindern: Gut jedes dritte von ihnen ist auf staatliche Sozialtransfers angewiesen.

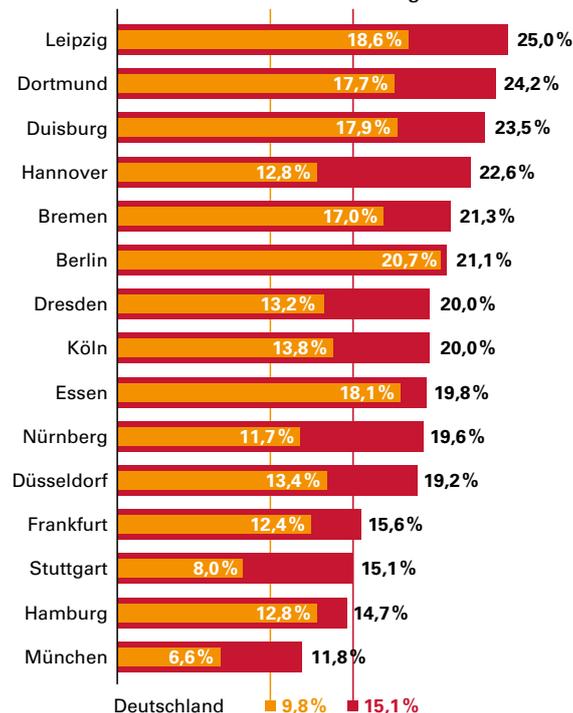
Ruhrgebiet. Die Entwicklung in **Dortmund** und **Duisburg** werten Seils und Meyer als „dramatisch“. Die beiden Ruhrgebietsstädte nähern sich mit Armutsquoten von gut 24 und 23 Prozent dem Niveau von Leipzig. Von 2005 bis 2011 stieg die Armutsquote jeweils um etwa ein Drittel. Dabei beobachten die Forscher insbesondere in Duisburg weniger eine soziale Polarisierung, bei der Ärmere von der Einkommensentwicklung abgehängt werden. Vielmehr verarme die „Stadt als Ganzes“. Die dritte Reviermetropole **Essen** steht bei der Armutsquote zwar etwas besser da. Allerdings ist hier gegen den allgemeinen Trend auch der SGB-II-Bezug gestiegen. Und: Rund 30 Prozent der Bewohner unter 15 brauchen öffentliche Unterstützung.

Rheinland. Köln liegt mit einer gemessenen Armut von 20 Prozent etwas über dem Metropolen-Durchschnitt. Die Armutsquote ist von 2010 auf 2011 gestiegen, die SGB-II-Quote ging in den vergangenen Jahren zurück. **Düsseldorf**, das bei beiden Werten im längerfristigen Vergleich deutlich niedriger als die Domstadt lag, hat sich zuletzt stark angenähert. Allerdings raten die Wissenschaftler dazu, den zuletzt deutlichen Anstieg der Armutsgefährdungsquote in Düsseldorf nicht überzubewerten: Da der Trend in den vergangenen Jahren uneinheitlich ausfiel, könnte die statistische Aussagefähigkeit der Mikrozensus-Daten hier an Grenzen stoßen.

In den **Metropolen Norddeutschlands** machen Seils und Meyer unterschiedliche Entwicklungen aus. In **Hamburg** ist die SGB-II-Quote in den vergangenen Jahren kräftig gesunken. Die Armutsquote schwankt zwar, sie liegt aber geringfügig unter dem Bundesmittel. Deutlich höher ist der Anteil

Städte: Im Süden weniger Armut

Die **Armutsgefährdungsquote*** und die **Quote der SGB-II-Bezieher** betragen 2011 in...



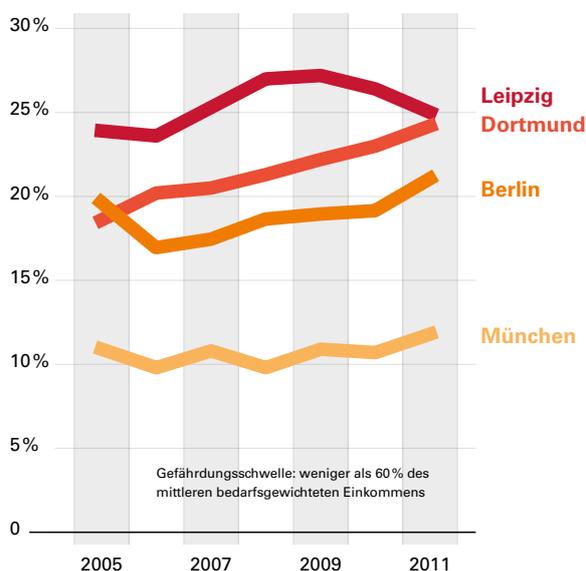
* Gefährdungsschwelle: weniger als 60% des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens
Quelle: Seils, Meyer 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

armer Einwohner in **Bremen** und **Hannover**. Hier stieg die Armutsquote zuletzt an, während der Bezug von Sozialunterstützung leicht abnahm. In Bremen sind jedoch nach wie vor mehr als 28 Prozent der Kinder und Jugendlichen auf solche Hilfe angewiesen.

Süddeutsche Großstädte haben meist deutlich geringere Armutprobleme als die Metropolen in anderen Landesteilen. In **München** ist die Armutsquote zwar zuletzt ebenfalls leicht gestiegen, sie liegt aber mit rund 12 Prozent noch klar unter dem Bundesdurchschnitt. Die SGB-II-Quote beträgt knapp 7 Prozent und steigt auch unter Kindern nicht über 12 Prozent. **Stuttgart** befindet sich mit einer Armutsquote von 15,1 Prozent genau im Bundesmittel. Allerdings stieg der Wert seit 2005 um 2,1 Prozentpunkte, so die Forscher. Offenbar hätten sich die Einkommensunterschiede in der Bevölkerung deutlich vergrößert. Dank des insgesamt hohen Wohlstandsniveaus ist aber die SGB-II-Quote mit 8 Prozent niedrig. In **Frankfurt** waren 2011 knapp 16 Prozent der Menschen arm. Dieser Anteil liegt, ebenso wie die SGB-II-Quote, nur etwas über dem allgemeinen Bundesdurchschnitt. Allerdings waren in der Bankenstadt etwa 22 Prozent der Kinder auf Sozialtransfers angewiesen. Die höchste Armutsquote unter den Süd-Großstädten weist **Nürnberg** auf: Knapp 20 Prozent der Bevölkerung gelten als arm. Die SGB-II-Quote ist mit 11,7 Prozent dagegen nach Analyse der Forscher „erstaunlich niedrig.“ ◀

Städte im Westen: Armut nimmt zu

Die Armutsgefährdung entwickelte sich in...



Quelle: Seils, Meyer 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: Eric Seils, Daniel Meyer: Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen, erscheint als WSI-Report
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Reichere Bescherung mit Tarifvertrag

Etwa die Hälfte aller Beschäftigten darf sich über Weihnachtsgeld freuen. Wer nach Tarifvertrag bezahlt wird, hat größere Chancen auf ein finanzielles Extra.

Rund 55 Prozent der Beschäftigten erhalten eine Jahresonderzahlung in Form eines Weihnachtsgeldes. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Umfrage des Webportals lohnspiegel.de, das vom WSI-Tarifarchiv betreut wird. Die Analyse der Befragungsdaten von rund 17.000 Beschäftigten zeigt auch: Die Chancen auf ein Weihnachtsgeld sind ungleich verteilt.*

Nach wie vor gibt es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. 59 Prozent der westdeutschen, aber nur 39 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten bekommen ein Weihnachtsgeld. Frauen erhalten weniger oft Weihnachtsgeld als Männer: Bei den weiblichen Arbeitnehmern sind es 53 Prozent, bei den männlichen dagegen 56 Prozent. Wer einen atypischen Job hat, ist ebenfalls im Nachteil. Beschäftigte mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag bekommen zu 57 Prozent eine Sonderzahlung, befristet Beschäftigte nur zu 46 Prozent. Von den Leiharbeitern erhalten 49 Prozent Weihnachtsgeld. Eindeutig profitieren die Beschäftigten von einer Tarifbindung ihres Arbeitgebers: Unter den Beschäftigten mit Tarifbindung erhalten 70 Prozent ein Weihnachtsgeld, bei den Beschäftigten ohne Tarifbindung sind es dagegen nur 42 Prozent. Und auch Gewerkschaftsmitglieder stehen sich besser. 66 Prozent von ihnen erhalten zum Jahresende eine Sonderzahlung, Nichtmitglieder dagegen nur zu 53 Prozent.

Grundsätzlich sehen in den meisten Wirtschaftszweigen die geltenden Tarifverträge ein Weihnachtsgeld vor. Dies zeigt die Auswertung des WSI-Tarifarchivs. Es wird überwiegend als fester Prozentsatz vom Monatseinkommen berechnet. Die in den einzelnen Tarifverträgen festgelegten Prozentsätze

Ostdeutsche gehen häufiger leer aus

Weihnachtsgeld bekommen von den Beschäftigten ...



Weihnachtsgeld bekommen ...



Beschäftigte in Betrieben ...



Angaben von Beschäftigten, Erhebungszeitraum Juli 2011 bis August 2012
Quelle: WSI-Lohnspiegel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

haben sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert. Dort, wo die Tarifabschlüsse dieses Jahr höher ausgefallen sind, steigen auch die tariflichen Weihnachtsgelder stärker. Davon profitieren rund sieben Millionen Beschäftigte. Die Spanne der Anhebungen reicht von plus 1,6 Prozent für die Kraftfahrer im privaten Verkehrsgewerbe in Nordrhein-Westfalen und 2,0 Prozent in der Druckindustrie über 2,2 Prozent im Versicherungsgewerbe, 2,9 Prozent im Bankgewerbe und 3,5 Prozent im öffentlichen Dienst der Gemeinden bis zu 4,3 Prozent in der Metallindustrie und 4,5 Prozent in der chemischen Industrie West. ◀

* Quelle: WSI-Tarifarchiv, Oktober 2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Jobverlust: Partner leidet mit

Arbeitslosigkeit schadet der seelischen Gesundheit: Auch die Partner von Betroffenen leiden verstärkt unter psychischen Problemen.

Dass Arbeitslosigkeit nicht nur finanzielle Einbußen bedeutet, sondern auch die Gesundheit beeinträchtigen kann, ist gut dokumentiert: Zahlreiche Studien beschäftigten sich mit den gesundheitlichen Problemen von Erwerbslosen, schreibt Jan Marcus vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Wenn Beschäftigte ihren Job verlieren, seien allerdings auch ihre Partner betroffen – durch weniger Haushaltseinkommen, einen deprimierten Lebensgefährten, einen geringeren sozialen Status. Wie sich das auf die seelische Gesundheit der Partner auswirkt, hat Marcus mit Hilfe des sozio-oekonomischen Panels untersucht.*

Im Fokus der Analyse stehen Personen, deren Partner wegen einer Betriebsschließung arbeitslos geworden sind. Die Betroffenen haben ihren Job also durch ein äußeres Ereignis verloren und nicht aufgrund persönlicher Faktoren. Zunehmende psychische Probleme der Betroffenen oder ihrer Partner könnten daher nicht die Ursache für den Jobverlust sein, so der Wissenschaftler, sondern müssten als Folge davon betrachtet werden. Den Berechnungen zufolge wirkt sich Arbeitslosigkeit erheblich auf das Wohlbefinden von Partnern aus: Die seelische Gesundheit nimmt signifikant ab – und zwar fast genauso stark wie bei den Arbeitslosen selbst. ◀

* Quelle: Jan Marcus: The effect of unemployment on the mental health of spouses, SOEPpapers 488, Oktober 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Europas Jugend: Fähigkeiten liegen brach

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat dramatische Höchststände erreicht. Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen warnt: Eine ganze Generation könnte wirtschaftlich und sozial ins Abseits geraten.

2011 lag die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in der EU bei über 21 Prozent. Seit Beginn der Finanzkrise ist die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 1,5 Millionen auf 5,5 Millionen gestiegen. Doch in dem „alarmierenden Stand“ der Erwerbslosenquote kommt nur ein Teil der Misere zum Ausdruck. Darauf weist Eurofound hin, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen.* Denn letztlich werden nicht alle jungen Menschen, denen eine wirtschaftliche Perspektive fehlt, von der europäischen Arbeitslosenstatistik erfasst.

Eurofound nutzt daher ein weiter gefasstes Konzept. Die Wissenschaftler der Stiftung zählen alle, die weder beschäftigt noch in Ausbildung sind, nicht nur die arbeitslos Gemeldeten. Diese Jugendlichen bezeichnen sie als NEETs; das steht für „not in employment, education or training“. Nach dieser Definition gibt es sogar 7,5 Millionen „inaktive“ Jugendliche in Europa. In der Altersgruppe von 25 bis 29 Jahren sind es weitere 6,5 Millionen.

Europa riskiere „die Entstehung einer verlorenen Generation junger Leute, denen es an Chancen und Wegen in Beschäftigung fehlt“, warnt Eurofound. Die Wissenschaftler befürchten, dass diese Jugendlichen sich nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ausgegrenzt fühlen, sondern sich auch von der übrigen Gesellschaft abwenden könnten. Befragungen zeigen, dass NEETs deutlich weniger sozial und politisch engagiert sind und geringeres Zutrauen in gesellschaftliche Institutionen haben als ihre Altergenossen, die arbeiten oder eine Ausbildung absolvieren. Sie seien von Arbeitsmarkt und Bildungssystem ausgeschlossen und trügen ein „hohes Risiko, sich politisch und sozial von ihren Gesellschaften zu entfremden“. Die langfristigen Folgen seien schwer vorherzusagen, aber so könne Extremismus entstehen.

Die individuellen Konsequenzen von Arbeits- oder Ausbildungslosigkeit seien keineswegs nur vorübergehend, betont Eurofound. So zeigen Studien, dass Jugendarbeitslosigkeit im Lebenslauf oft lange nachwirkt: Auch nach Jahren haben viele Betroffene keine sicheren Jobs und verdienen unterdurchschnittlich.

Dass die Fähigkeiten Millionen junger Leute brachliegen, kostet die EU-Staaten auch Geld, so die Eurofound-Studie. Nach einer konservativen Schätzung beliefen sich die an die NEETs gezahlten Sozialleistungen sowie entgangene Steuern und Abgaben auf 150 Milliarden Euro jährlich. Das entspricht mehr als einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Demnach ließen sich 15 Milliarden Euro sparen, wenn es gelänge, 10 Prozent der Betroffenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, schreiben die Wissenschaftler.

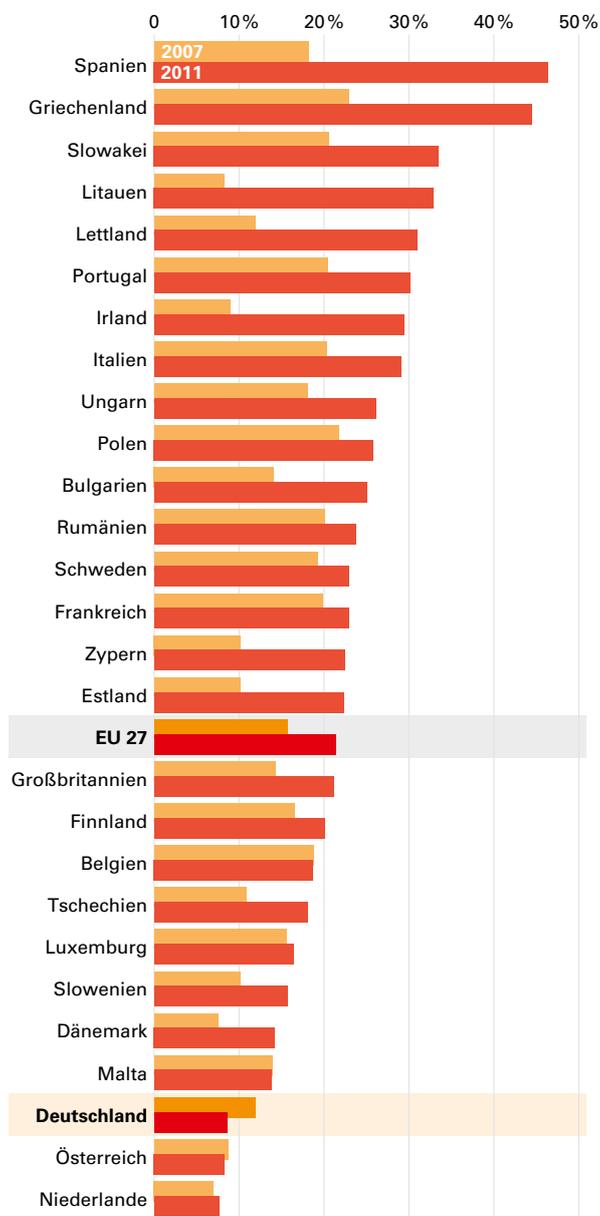
Im EU-Vergleich schnitten die Länder am besten ab, die ein ausgebautes Berufsausbildungssystem haben. So nennt Eurofound zwei Ausnahmen vom allgemeinen Negativ-Trend: Deutschland und Österreich.

Nichtsdestoweniger reicht ein gutes Bildungssystem nicht als Schutz gegen Wirtschaftslauten: Der Anstieg der Jugend-

arbeitslosigkeit in Europa betraf laut Eurofound alle jungen Menschen, auch die gut ausgebildeten. „Die aktuelle Krise scheint den schützenden Effekt der Bildung weggewischt zu haben, jedenfalls in einigen Ländern.“ ◀

Krise kostet Jugend Jobs

Die Arbeitslosigkeit unter 25-Jähriger betrug in ...



Quelle: Eurostat 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

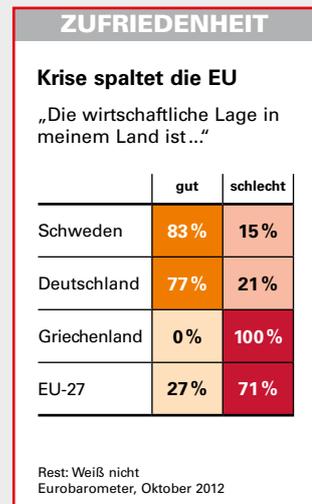
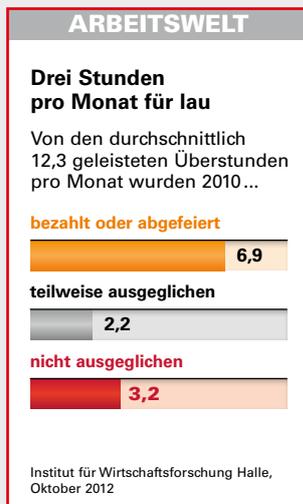
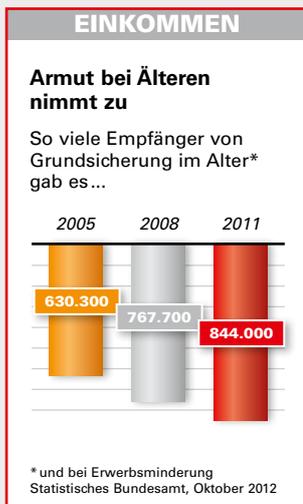
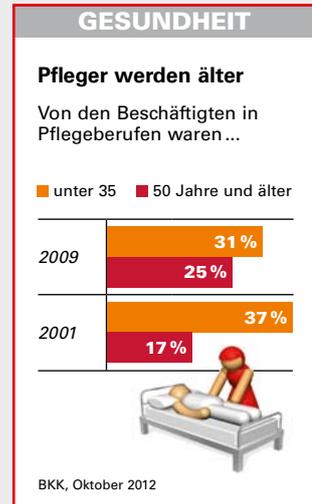
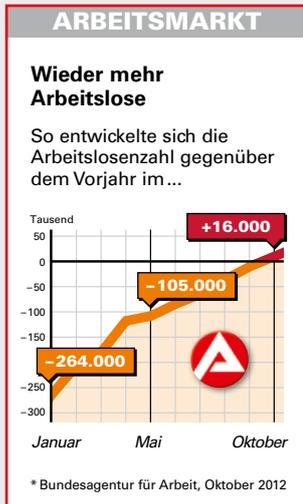
* Quelle: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: NEETs – Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, Oktober 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **AUSBILDUNG:** Obwohl in vielen Betrieben Ausbildungsplätze frei bleiben, finden hunderttausende Jugendliche keine Lehrstelle. Gut jeder vierte Schulabgänger landet einer Studie des DGB-Bildungsexperten Matthias Anbuhl zufolge trotz Ausbildungswunsch im so genannten Übergangsbereich, in dem allein im Jahr 2011 fast 300.000 junge Menschen ein Praktikum, ein Be-

werbungstraining oder andere berufsvorbereitende Maßnahmen absolvierten. Tatsächlich jedoch stellt sich der Übergangsbereich für viele als Sackgasse heraus. Selbst nach zwei „Übergangsjahren“ habe jeder dritte betroffene Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, so die Studie. Mittlerweile gebe es in Deutschland gut 2,2 Millionen Menschen zwischen 20

und 34 Jahren ohne Berufsausbildung.
 DGB, November 2012

► **GENDER:** Frauen gehen in Deutschland weiterhin seltener einer Arbeit nach als Männer. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, waren im vergangenen Jahr 81 Prozent der 20- bis 64-jährigen Männer, aber nur 71 Prozent der Frauen erwerbstätig. Noch

größer ist die Differenz bei der Wochenarbeitszeit: Während 90 Prozent der Männer 2011 eine Vollzeitstelle hatten, gilt dies nur für 54 Prozent der Frauen. Im EU-Durchschnitt liegt die Frauenerwerbsquote bei 62 Prozent, allerdings arbeiten 68 Prozent der beschäftigten Frauen Vollzeit.
 Stat. Bundesamt, November 2012

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 28. November

bestellen unter www.boecklerimpuls.de